

Freshfields Bruckhaus Deringer

Freshfields Bruckhaus Deringer LLP (Kurzbezeichnung: **Freshfields** oder **FBD**) ist eine der größten Wirtschaftskanzleien weltweit und einer der Vorreiter beim Einstieg von Anwaltskanzleien in das Lobbygeschäft in Deutschland. 2005 wurde eine spezielle Abteilung für Public Affairs gegründet. Die Kanzlei hat zudem in den letzten Jahren an wichtigen Gesetzen mitgeschrieben, insbesondere in der Finanzkrise. Zugleich beriet sie zahlreiche Banken, auch bei Anträgen für Mittel aus den Rettungspaketen.

Freshfields schrieb den Entwurf zum **Finanzmarktstabilisierungsgesetz**, das im Volksmund als „Rettungsschirm“ bekannt wurde sowie den Text des **Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz**.^[1] Die Kanzlei war auch an der Umsetzung und Vergabe der Finanzhilfen beteiligt (siehe unten).

Finanzlobby



- Finanzlobby A-Z

Freshfields Bruckhaus Deringer LLP

Branche	Recht
Hauptsitz	London
Lobbybüro Deutschland	Potsdamer Platz 1, Berlin
Lobbybüro EU	Bastion Tower, Place du Champ de Mars 5, Brüssel
Webadresse	www.freshfields.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	2
2 Organisationsstruktur und Personal	2
3 Finanzen	2
4 Lobbyarbeit	2
5 Fallstudien und Kritik	2
5.1 Freshfields in der Finanzkrise	2
5.2 Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)	3
5.3 Berliner Sparkassengesetz	4
5.4 Engagement im Bereich Gentechnik	4
5.5 Weitere Freshfields-Projekte	4
6 Weiterführende Informationen	5
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	5
8 Einzelnachweise	5

Kurzdarstellung und Geschichte

Freshfields Bruckhaus Deringer beschäftigt nach eigenen Angaben 2.500 Anwälte in „27 bedeutenden Wirtschaftszentren der Welt“ und berät „internationale Unternehmen, Finanzinstitute und Regierungen.“^[2] 2009/10 war Freshfields Bruckhaus Deringer nach Umsatz (335 Mio. Euro) und Zahl der Anwälte die größte Kanzlei Deutschlands.^[3]

Freshfields Bruckhaus Deringer ist aus einer Reihe von Fusionen hervorgegangen, an denen die Londoner Kanzlei Freshfields und die deutschen Kanzleien Bruckhaus Kreifels Winkhaus & Lieberknecht, Westrick & Eckholt und Deringer & Segememund beteiligt waren.^[4] Seit dem 1. Mai 2008 hat Freshfields ihr Geschäft auf eine englische Limited Liability Partnership (LLP) übertragen, womit die Gesellschafter nur einer beschränkten persönlichen Haftung unterliegen.^[5]

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder, Mitgliederorganisationen (Verbände) Organisationsstruktur, Rechtsform, zentrale Entscheidungsgremien, Sitz und Lobbybüros der Organisation wichtige Personen (aktuell und ehemalg), z.B. Präsidium oder Cheflobbyisten (in Berlin/Brüssel)

Finanzen

Umsatz, Tochtergesellschaften (Unternehmen) Finanzierung, Ressourcen, Geldgeber, Kunden (Verbände und Agenturen)

Lobbyarbeit

- Freshfields ist Mitglied der [AmCham EU](#)
- Freshfields ist Partner der Lobbyorganisation [True Sale International](#)
- Freshfields ist Mitglied der Lobbyorganisation [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#). Diese bringt Wirtschaftsverbände, Unternehmen und einzelne Personen mit Abgeordneten - insbesondere Mitglieder von Bundestagsausschüssen - zusammen und ermöglicht damit die informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung.
- [Alexander Schaub](#) wird Berater von Freshfields ab dem 1. Februar 2007 in deren Brüsseler Büro. Er war bis Juni 2006 Generaldirektor Binnenmarkt der [Europäischen Kommission](#), bevor er in den Ruhestand wechselte. Zuvor war er Generaldirektor Wettbewerb und bekleidete mehrere weitere Positionen bei der Kommission.^[6]

Fallstudien und Kritik

Freshfields in der Finanzkrise

Freshfields spielte bei den deutschen Rettungsmaßnahmen in der Finanzkrise eine herausragende Rolle. Die Kanzlei schrieb an mehreren Gesetzen und Verordnungen mit und beriet zudem laut [www.juve.de](#) sowohl Banken als auch Bund und [SoFFin](#) bei der Vergabe der Finanzhilfen.

Weitere Details zum [Finanzmarktstabilisierungsgesetz](#)

Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)

Ebenso wirkte Freshfields bei der Erarbeitung des am 29. Juni 2012 von Bundestag und Bundesrat mit Zweidrittelmehrheit gebilligten Gesetzes über den *Europäischen Stabilitätsmechanismus* maßgeblich mit. Laut einer Antwort der Bundesregierung, aus der Woche vom 18. Juni 2012, auf eine schriftliche Frage des CSU-Abgeordneten Peter Gauweiler, hingehend der Einbeziehung Freshfields in die konzeptionelle Erarbeitung des ESM und der Umsetzungsgesetze in Deutschland, wirkte die Kanzlei folgendermaßen mit:^[7]

„Die Bundesregierung hatte externen Sachverstand in Form von Gutachten, Studien oder sonstigen Beratungsleistungen zu folgendem Aspekt des so genannten Gesamtpaketes zur Sicherung der Finanzstabilität in der Eurozone von der Firma Freshfields Bruckhaus Deringer eingeholt: Europaweite Einführung von Klauseln in die allgemeinen Bedingungen für Staatsanleihen, die eine Änderung der vereinbarten Leistung sowie der Rechte und Pflichten des Schuldners und der Gläubiger (Anleihebedingungen) durch Mehrheitsentscheidungen ermöglicht.“

Weiterhin erklärte die Regierung auch weitere Kanzleien, wie die Kanzlei [Hengeler Müller](#), in dieser Hinsicht konsultiert zu haben:

„Darüber hinaus hat die Bundesregierung externen Sachverstand in Form von Gutachten, Studien oder sonstigen Beratungsleistungen bezüglich der Erstellung der Dokumentation und Vorbereitung der Einsatzfähigkeit des Euro-Rettungsschirms sowie im Zusammenhang mit der Einrichtung eines permanenten Europäischen Stabilitätsmechanismus und der Änderungen des Rahmenvertrages für die temporäre Finanzstabilisierungsfazilität eingeholt (Laufzeit April bis Juni 2011 bzw. Mai bis Oktober 2011). Auftragnehmer war die Kanzlei Hengeler Müller.“

Die Bundesregierung legt die dafür aufgewendeten Kosten nicht offen. Dies wird damit begründet, dass der „Gesetzgeber (...) die unbefugte Offenlegung eines Honorars als Betriebs- und Geschäftsgeheimnis mit § 203 Absatz 2 Nummer 1 des Strafgesetzbuchs für Amtsträger unter Strafe gestellt“ hat. Es ist somit für die Öffentlichkeit nicht nachvollziehbar wie viel Geld die Regierung für externe Beratungen durch private Anbieter, wie Unternehmensberatungen und Anwaltskanzleien, ausgibt.

Finanzmarktstabilisierungsfondsverordnung

Auch bei der Verordnung, die die Ausführung des FMStG bestimmt, wurde auf Freshfields zurückgegriffen wurde. Dies bestätigte die Bundesregierung in der Antwort auf eine schriftliche Frage des Bundestagsabgeordneten Jürgen Koppelin (FDP). In der Antwort heißt es, die „Beratungstätigkeit von Freshfields Bruckhaus Deringer LLP erstreckte sich auf die juristische Prüfung von Einzelfragen und den Entwurf einzelner Formulierungsvorschläge. Die Prüfung und Revision des Verordnungsentwurfs erfolgte ausführlich im Ressortkreis.“^[8] Dagegen schreibt der Focus: „Der Entwurf für den Verordnungstext ging am Freitagnachmittag von den Computern der Freshfields-Berater Alexander Glos und Gunnar Schuster ans Ministerium. Von dort schickten ihn Beamte ohne Änderung per Mail an Steinbrücks Kabinettskollegen sowie die Spitzen der Koalitionsfraktionen. Bis zur Verabschiedung am darauffolgenden Montagmorgen 8.30 Uhr im Kabinett wurde nur noch wenig geändert.“^[9] Danach ist es fraglich, ob das zuständige BMF den Verordnungsentwurf wirklich noch „ausführlich“ geprüft hat - und etwa nicht die Arbeit am Entwurf komplett an Freshfields ausgelagert hat.

Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz

Auch am Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz schrieb Freshfields mit. Das Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz, das den Weg für eine Enteignung der HypoReal Estate freimachen soll, wurde „in nur wenigen Tagen Dauerarbeit“ geschmiedet und „die Ministerialbürokratien in Berlin haben dann den Gesetzesentwurf nach dem üblichen Procedere abgestimmt“ - so die Süddeutsche Zeitung vom 20.2.2009.^[10]

Beratung bei der SoFFin-Mittelvergabe

Auch bei der Vergabe der Finanzhilfen wurde auf externe Berater zurückgegriffen. Nicht nur Freshfields wurde engagiert, sondern eine ganze Reihe von Kanzleien. „Angesichts der dünnen Personaldecke greift der Fonds auf Banken, Rechtskanzleien und Unternehmensberater zurück.“ (Handelsblatt, 23.11.2008) Recherchen in der Juristen-Datenbank www.juve.de zeigen, dass auch bei den einzelnen Vergabeentscheidungen vor allem Freshfields den Bund und **Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung** (SoFFin) beriet. Bei seinen Stammkunden, Deutsche Post (Verkauf der Postbank an die Deutsche Bank) und HSH Nordbank (30 Mrd Euro Garantien, Absicherung von Ausgabe von HSH-Anleihen), wechselte Freshfields die Seiten und vertrat die Antragssteller. Bei der Absicherung der HSH-Anleihe übernahm für sie die Kanzlei Linklaters die Beratung der SoFFin, die u.a. den Antragssteller HypoReal Estate schon zweimal erfolgreich vertreten hatte. Bei der Bearbeitung der zwei Commerzbank-Anträgen trat die Kanzlei Lovells als Berater der Bundesregierung bzw. des BMF in Erscheinung, der SoFFin wurde einmal mehr durch Freshfields beraten. Ebenso bei der Vergabe von Bürgschaften in Höhe von 4 Mrd Euro an die Aareal Bank. Besonders brisant - Freshfields-Partner Gunnar Schuster, hier die **SoFFin** beratend, war nach Informationen von JUVE in der Vergangenheit in mehreren Fällen für die Aareal Bank tätig.

Berliner Sparkassengesetz

Für den Berliner Senat arbeitete Freshfields das umstrittene Sparkassengesetz von 2005 aus, das die weitgehende Privatisierung der Berliner Sparkasse ermöglichte. Nach einem Bericht von Report Mainz von 2006 war die Kanzlei zugleich über Berateraufträge dem Bundesverband deutscher Banken und vielen Großbanken verbunden. Diese haben ein starkes Interesse an der Privatisierung der Sparkassen. Auch gegenüber Report Mainz verweigerte die Kanzlei damals ein Interview über mögliche Interessenkonflikte. (Report Mainz vom 20. März 2006, nicht mehr online verfügbar)

Engagement im Bereich Gentechnik

Die Kanzlei ist unter anderem sehr aktiv in Fragen der grünen Gentechnik, also gentechnisch veränderter Pflanzen und Lebensmittel. Sie beriet die Saatgutfirma KWS und vertrat das Land Sachsen-Anhalt in einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen Gentechnik-Gesetz der rot-grünen Bundesregierung. Sachsen-Anhalt wollte die Einschränkungen für den Anbau gentechnisch veränderter Organismen zu Fall bringen. Nach dem Regierungswechsel 2005 arbeitete Freshfields einen Entwurf für ein Gentechnik-Gesetz aus. Für welchen Auftraggeber ist unbekannt. Die Kanzlei ist nicht bereit, über ihre Lobby-Aktivitäten zu sprechen. (Jazbinsek/ Klein/ Müller, S. 100)^[11]

Weitere Freshfields-Projekte

- Verfassung des geheimen 17.000-Seiten-**Toll Collect**-Vertrags, der die Einrichtung des LKW-Mautsystems auf bundesdeutschen Autobahnen zum Inhalt hat.^[12]
- Finanzprodukt **Cross Border Leasing**^[13]
- Ausarbeitung der Rechtskonstruktion der **ÖPP Deutschland AG**

Weiterführende Informationen

- Weitere Informationen zum Thema [Gesetzesoutsourcing](#)
- Freshfields Bruckhaus Deringer hat sich bisher nicht im freiwilligen [Lobbyregister](#) der EU, als eigenständige Organisation, eintragen lassen.^[14]
- Freshfields Bruckhaus Deringer ist als Mitgliedsorganisation unter dem Thinktank [European Policy Centre](#) (EPC) gelistet.^[15]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ *Kanzlei Freshfields schrieb die Gesetzesvorlage zur Hypo Real Estate. - Ordentliche Enteignung und Insolvenz des maroden Finanzinstituts sollen verhindert werden, junge Welt am 25. Februar 2009, abgerufen am 21. Juli 2010. [Report München: Rettungsschirm für Banken - Bürger gehen leer aus](#) , 20. April 2009*
2. ↑ [Über uns](#), Freshfields-Webseite, abgerufen am 28.10.2010
3. ↑ [Freshfields: Deutliches Umsatzminus in Deutschland](#), Website Juve, abgerufen am 18.5.2011
4. ↑ [Freshfields Bruckhaus Deringer Beck Community](#), Website beck-community, abgerufen am 18.5.2011
5. ↑ [Umwandlung zur LLP](#), Website Freshfields, abgerufen am 18.5.2011
6. ↑ [Freshfields gewinnt Ex-Generaldirektor politik&kommunikation](#) vom 19. Januar 2007, abgerufen am 18.01.2013
7. ↑ [Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 18. Juni 2012 eingegangenen Antworten der Bundesregierung](#), Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/10050 vom 22. 06. 2012, abgerufen am 06.08.2012
8. ↑ [Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 27. Oktober 2008 eingegangenen Antworten der Bundesregierung](#), Bundestags-Drucksache 16/10733 vom 31.10.2008, S.10F
9. ↑ [Keiner weiß es genau](#), Focus, 27.10.2008, abgerufen am 27.10.2010
10. ↑ [Im Feuer geschmiedet](#), SZ, 20.02.2009
11. ↑ Jazbinsek, Dietmar/ Klein, Heidi/ Müller, Ulrich 2010: [LobbyPlanet Berlin](#). Köln. S. 100
12. ↑ [Verzichtet die Bundesregierung auf 7 Milliarden Euro? - Interview mit Werner Rügemer Telepolis](#) vom 17.01.2013, abgerufen am 18.01.2013
13. ↑ [Scheinenteignung](#) Interview Reinhard Jellen mit Werner Rügemer, telepolis am 9. März 2009, abgerufen am 21. Juli 2010
14. ↑ [EU-Lobbyregister](#), Stand: 24.08.2010
15. ↑ [Register der Interessenvertreter](#), Webseite der Europäischen Kommission, abgerufen am 03.11.2010